

Herrn Bundestagspräsidenten, Dr. Wolfgang Schäuble

[Wolfgang.schaeuble@bundestag.de](mailto:Wolfgang.schaeuble@bundestag.de)

Herrn Bundesminister, Horst Seehofer

[poststelle@bmi.bund.de](mailto:poststelle@bmi.bund.de)

Herrn Bundesminister, Peter Altmaier

[Peter.altmaier@bmwi.bund.de](mailto:Peter.altmaier@bmwi.bund.de)

Herrn Kanzleramtsminister, Dr. Helge Braun

[Helge.braun@bundestag.de](mailto:Helge.braun@bundestag.de)

Land Brandenburg, 26.11.2019

**… Offener Brief …**

**Demokratie – Presseboykott – Taliban – Diktatur – ?**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, Dr. Schäuble

Sehr geehrter Herr Bundesminister, Seehofer,

Sehr geehrter Herr Bundesminister, Altmaier

Sehr geehrter Herr Kanzleramtsminister, Dr. Braun,

es kann Ihnen nicht entgangen sein, dass in unserem Land einiges aus den Fugen gerät und am beängstigendsten ist die zunehmende Beschädigung unserer Demokratie. Es geht nicht mehr nur um zwischenparteiliche Differenzen, sondern um einen Flächenbrand im ganzen Land.

Tausende Bürger versuchen friedlich und mit naturwissenschaftlichen Beweisen argumentierend, die Politik von einer weiteren, unsinnigen Zerstörung unseres Landes abzuhalten. Thema ist die Windkraft, deren weiterer Ausbau keinen Beitrag für den Klimaschutz leistet, sondern die privilegierte Position der Investoren festigen soll und den Bundesländern den kontinuierlichen Zufluss von Steuern. Allein die auf die EEG-Umlage der 42,5 Mio. Privathaushalte erhobene Mehrwertsteuer ergibt ca. 2.000 Mio. €/Jahr für die Staatskasse. Auch die Gewerkschaft und die Verbände fürchten um ihre Zuführungen. Nun hat aber die Mehrheit der Zahler bemerkt, dass die Windkraft einen sehr negativen ökologischen Fußabdruck hat und kein Ziel der Energiewende erreichen kann – am 21.11.19 betrug die Einspeisung von Windstrom nur 800 MWh bei einer installierten Leistung von 60.080 MW.

Was verlangen die Windkraftkritiker von der Politik? Die Energiewende muss neu gestartet und wissenschaftlich vorbereitet werden auf der Basis einer realistischen Machbarkeit mit wirklich geeigneten Technologien und kontinuierlicher Forschung. Die alleinige Abhängigkeit von Wind und Sonne verbietet sich für ein Industrieland. Die Bürger gehen von ihrem demokratischen Recht auf Mitbestimmung aus und sehen ihre Verantwortung darin, den folgenschweren falschen Kurs der aktuellen Energiepolitik verhindern zu müssen.

Was ist das Ergebnis? Sie werden als Klimaleugner beschimpft, bespitzelt und verleumdet. Bundestagsabgeordnete verlangen ganz offen eine Abkehr von Rede- und Meinungsfreiheit. Beispiele: **1.)**Am 16.12.2018 äußerte Herr R. Habeck/Die Grüne, MdB, in einem ZDF-Interview, dass er die Gesellschaftsform Chinas für erstrebenswerter hält – unsere Demokratie würde er also aufgeben wollen für eine **Diktatur**. **2.)** Auf dem Kongress der Zeitschriftenverleger Anfang November 2019 (zur Zeit der Feierlichkeiten zu 30 Jahren Mauerfall) forderte Frau A. Baerbock, MdB, Die Grünen, einen **Presseboykott** für „Klimaskeptiker“. Der Erfinder der vom IPCC verwendeten „Hockeykurve der Erderwärmung“, Michael Mann, konnte vor einem kanadischen Gericht diese nicht einmal begründen. Es gibt keine absolute Wahrheit. **3.)** Herr O.Krischer, MdB, Die Grünen, nannte Ihre Parteikollegen am 19.11.2019, weil sie nach bestem Wissen und Gewissen getreu dem Grundgesetz begründete Kritik an der Abstandsreduzierung der Windkraftanlagen geübt haben, **Anti-Windkraft-Taliban**. Er nannte sie also Terroristen, d.h. sie fallen unter die höchste Kriminalitätsstufe in Deutschland. Am 21.11.1019 wurde von einem Bürger gegen ihn Strafanzeige gestellt.

Sehr geehrte Herren, sollte es zu einem Aufschrei im Bundestag wegen o.g. Äußerungen gekommen sein – wir haben ihn nicht gehört!

Es ist 419 Jahre her, dass Giordano Bruno wegen seiner naturwissenschaftlichen Erkenntnisse bekämpft und Opfer der Inquisition wurde. Heute haben wir Rechtsmittel in der Demokratie, die wir den Inquisitoren, auch den verbal agierenden, entgegen halten müssen.

Wieso gibt es vom Bundestag keine erkennbare Gegensteuerung zu solchen Tendenzen, die unserem Rechtsstaat zuwiderlaufen und dessen Ansehen sowohl im Inland als auch im Ausland schädigen?

Unser Grundgesetz gibt eindeutig vor, dass die Unterhöhlung unserer Demokratie nicht geduldet werden darf:

*(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*

**Denken wir an Deutschland in der Nacht, dann sind wir um den Schlaf gebracht…!**

Mit freundlichen Grüßen

Waltraud Plarre Rainer Ebeling

Vorstandsmitglieder der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“

Tel. 0173 23 62 974 e-mail: [Plarre@t-online.de](mailto:Plarre@t-online.de) 14797 Kloster Lehnin Neuhäuser Str. 18

Kopie: Bundespräsident Frank-W. Steinmeier